Die Antworten

Kommunalpolitik ist wichtig! Nirgendwo sonst sind politische Entscheidungen so direkt spürbar für die Menschen. Nirgendwo sonst können wir mit unserer Stimme so direkt Einfluss nehmen. Die Liga der Freien Wohlfahrtpflege ist überparteilich und gibt keine Empfehlung zur Wahl einer bestimmten Partei. Als Wohlfahrtsverbände liegt uns das Soziale am Herzen. Für die Wahl im März 2021 wünschen wir uns, dass parlamentarische Mehrheiten entstehen, die unsere Ziele voranbringen.

Folgende Wünsche und Ziele für den Landkreis hat die Liga der Freien Wohlfahrtspflege:

Kommunen schaffen Räume.

- ✓ Für Kinder und Jugendliche gibt es niedrigschwellige, außerschulische Bildungs- und Teilhabeangebote.
- ✓ In Kitas, Horten/Ganztagsangeboten und Schulen wird die personelle, sachliche und digitale Ausstattung verbessert.
- ✓ Frauenhäuser und andere Schutzräume für Frauen und Kinder sind bedarfsgerecht ausgestattet.
- ✓ Senior*innen werden von der offenen Altenhilfe in ihrem Alltag begleitet.
- ✓ Frauen und Familien finden in Frauengesundheitszentren, Mütterzentren und Familienbildungsstätten Anlaufstellen.
- ✓ Suchtkranke und Wohnungslose werden mit Beratungs- und Gesundheitsversorgungsangeboten unterstützt. Notunterkünfte sind angemessen und menschenwürdig ausgestattet.

- ✓ Geflüchtete leben in Wohnungen; werden sie übergangsweise in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, gelten dort Mindeststandards.
- ✓ Bezahlbarer Wohnraum wird dauerhaft erhalten, kommunale Wohnungsbestände durch die Gründung einer eigenen Wohnungsgesellschaft und durch eine soziale Boden- und Grundstückspolitik ausgebaut, Belegrechte müssen aufgekauft werden.
- ✓ Kommunale Wohnraumhilfen und kommunale Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten werden in allen Kommunen etabliert.
- ✓ Die gesundheitliche Beratung und Versorgung in ländlichen Regionen wird unter anderem durch wohnortnahe kommunale medizinische Versorgungszentren und Pflegestützpunkte sichergestellt.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Wir nehmen einen erheblichen Mangel an Kindertagesbetreuung im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wahr. Mit welchen Maßnahmen und in welchem Zeitraum wollen Sie erreichen, dass der gesetzliche Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (gilt seit 1996) und der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege (gilt seit 2013) bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr überall in der Region erfüllt wird?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:

Dies ist eine gesetzlich vorgegebene Aufgabe der Städte und Gemeinden und nicht des Landkreises. Dennoch ist es wichtig, dass der Landkreis hier koordinierend mit den anliegenden 20 Städten und Gemeinden den Bedarf erörtert und die geeigneten Maßnahmen bespricht.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:

Kita-Betreuung ist wichtig: Gerade um Gleichberechtigung voran zu bringen! Oft sind Frauen zur Kinderbetreuung zu Hause und machen deshalb Abstriche in der Karriere. Außerdem ist frühkindliche Bildung wichtig, gerade in Pandemie und Lockdownzeiten merken wir, wie sehr Kinder andere Kinder brauchen – das am besten im Kindergarten und in der Krippe. Wir setzen uns in den Kommunen für den Ausbau der Kinderbetreuung ein: Längere Öffnungszeiten, niedrigere Beiträge, Neu- und Ausbau von Kitas.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:

Der Kreis hat auf den Ausbau von Kitaplätzen nur wenig Einfluss, da sich darum die Kommunen kümmern müssen. Wir werden aber alle Bemühungen von Kommunen unterstützen wo immer das im Kreis möglich ist. Sollten Fördermittel über den Kreis zu beantragen sein, werden wir uns dafür einsetzen.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:

Die Unterversorgung liegt maßgeblich am Erzieher*innenmangel. Wir haben ein Fachkräfteproblem.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Es wird für Menschen mit niedrigem Einkommen immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Vor allem für Menschen mit Handicap oder sozialen Problemen wird das Menschenrecht auf Wohnraum zu einem Gut mit hohen Hürden. Wie wollen Sie sicherstellen, dass jeder Mensch im Landkreis Hersfeld-Rotenburg innerhalb Ihrer Legislaturperiode Zugang zu angemessenem Wohnraum bekommt?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:

Dieses Thema wird sehr häufig an uns herangetragen. Wohnraum wird dann bezahlbar, wenn möglichst viele Wohnungen vorhanden sind. Hier könnte man überlegen, dass man leerstehende Büroräume in den Innenstädten umbaut und Wohnraum schafft. Es gibt noch weitere Möglichkeiten, die wir in unseren Videos zum Thema auf www.badhersfeld21.de umfangreich erläutern.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Hier sind die Probleme sehr unterschiedlich: In Dörfern ist das Problem, dass kaum kleine Mietswohnungen angeboten werden. Bei Bebauungsplänen und Co. achten wir darauf, dass auch Mehrfamilienhäuser errichtet werden können, in Gemeindevertretungen weisen wir darauf hin, dass nicht nur klassische Einfamilienhäuser gefragt sind, sondern auch bezahlbare Mietswohnungen in Mehrfamilienhäusern.

In der Kreisstadt Bad Hersfeld und auch in allen anderen Kommunen des Landkreises wollen wir bezahlbaren Wohnraum fördern, der vor allem Menschen mit geringerem Einkommen, Familien und alleinerziehenden Eltern ein zu Hause bietet. Wir müssen weg von Luxussanierungen und Eigentumswohnungen.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:
Wir treten für Sozialwohnungsquoten in Neubaugebieten ein und sind der Meinung, dass es mehr durch das Land geförderten Wohnungsbau im bezahlbaren Segment geben muss. Einmal als Sozialwohnung errichtete Gebäude sollten die Bindung unserer Meinung nach nicht verlieren und wir machen uns für den Mietendeckel stark. Es gibt aber im ländlichen Raum auch Leerstand, der häufig im alten Baubestand innerorts liegt und wenig attraktiv ist. Deshalb wollen wir ein Sanierungsprogramm für die Kommunen und Ortsteile, die einen überdurchschnittlichen Leerstand haben.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Das Problem betrifft die Kommunen. Der Kreis kann da nichts machen.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Der Medibus, die mobile Praxis der Kassenärztlichen Vereinigung, sollte nach Ende des Projekts nicht mehr fahren. Eine nachhaltige hausärztliche Versorgung in dieser Region ist wieder in Gefahr. Wie sieht Ihr Lösungsansatz für die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum aus?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:
Der Medibus ist eine gute Ergänzung und wir haben im Kreistag daher auch für die Verlängerung des Projektes in Nentershausen plädiert. Allerdings müssen gezielte finanzielle Anreize geschaffen werden, damit Ärzte sich im Ländlichen Raum niederlassen. Aber die Zuständigkeit liegt hier nicht allein beim Landkreis, sondern auf mehreren Ebenen.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Der Medibus ist eine praktikable Zwischenlösung und muss weitergeführt werden, bis langfristige Lösung gefunden wurde. Wir Grüne haben den Medibus immer unterstützt! Dem Hausarztmangel in der Region kann dadurch begegnet werden, dass in Gesundheitszentren Hausärzte angestellt werden. Dieses Modell kann genossenschaftlich oder von den Gemeinden betrieben werden.

Wir kämpfen auch dafür, dass das Klinikum Hersfeld-Rotenburg in kommunaler Hand bleibt. In der Gesundheitsversorgung darf nicht um Patient*innen, Fachkräfte und Pflegepersonal konkurriert werden – die Daseinsvorsorge und die Patienten sollen im Mittelpunkt stehen und nicht der Profit.

Bei der gesundheitlichen Versorgung im Landkreis setzen wir auf Kooperation. Stationäre und ambulante, Therapie- und Präventionseinrichtungen sollen besser zusammenarbeiten.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:

Die ärztliche Versorgung im ländlichen Bereich liegt uns sehr am Herzen. Überall da wo die Versorgung nicht sichergestellt werden kann, sollten Gemeinden Ärzte im Angestelltenverhältnis beschäftigen. Darüber hinaus kann der Kreis ein Programm auflegen, dass junge Mediziner*innen in ihrer Fortbildung wirtschaftlich unterstützt und sie für eine bestimmte Zeit in den Kreis verpflichtet. Darüber hinaus wollen wir die Einrichtung von Landambulatorien mit Allgemeinarztpraxen und Praxisräumen mit angestellten (Fach-) Ärztinnen und Ärzten, sowie weiteren Räumen für Physiotherapeutinnen und Therapeuten, sowie Pflegediensten muss bedarfsgerecht voranbringen.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:

Für die ärztliche Versorgung ist die KV zuständig. Diese erfüllt ihre Aufgabe nicht. Für die Kommunen sind das freiwillige Leistungen, die nicht ersetzt werden.

Kommunen schaffen mühelose Zugänge.

- ✓ Öffentliche, soziale und kulturelle Einrichtungen, Behörden, Ämter sind inklusiv, barrierefrei und für alle Menschen erreichbar und ansprechbar, unabhängig von sozialem Status, Deutsch- und Computerkenntnissen oder Art der Behinderung.
- ✓ Um Kommunikationsbarrieren abzubauen, werden die Kosten für Gebärden-, Schrift-, Lormen- und professionelle Sprach-Dolmetschungsdienste übernommen.
- ✓ Der öffentliche Nahverkehr ist auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar, barrierefrei und wird insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut.
- ✓ Benachteiligte und arbeitslose Menschen werden durch lokale Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme und -politik beim Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt.
- ✓ Die sexuelle und reproduktive Gesundheit wird umfassend gefördert. Dazu gehören sexualpädagogische Beratung, der Zugang zu medizinischen Angeboten wie beispielsweise einem Schwangerschaftsabbruch und Alternativen.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Seit März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) rechtsverbindlich. Um sie auf regionaler Ebene umzusetzen, sind Kommunen, Vereine und Unternehmen aufgefordert, Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu beteiligen. Eine mögliche Form der Beteiligung ist ein Behindertenbeirat.

? Inwiefern setzen Sie und Ihre Partei sich dafür ein, diese Form der Beteiligung als wichtiges Element für die Beratung von Politik und Verwaltung rund um das Thema Inklusion zu erhalten und zu nutzen?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:

Die Umsetzung ist wichtig und die Vorschläge der Behindertenbeiräte nehmen wir sehr ernst.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:

Inklusion, Barrierefreiheit und die Berücksichtigung von Anliegen von Menschen mit Behinderung ist für uns Grüne ein wichtiges Thema. Barrierefreiheit bei Infrastruktureinrichtungen wie Bushaltestellen oder öffentlichen Gebäuden muss von Beginn an mitbedacht werden.

Um Inklusion von Anfang an zu ermöglichen, sollen Kitas entsprechend ausgebaut werden. Wir möchten, dass garantiert wird, dass bei Inklusionsschüler*innen auch entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Das soll vor allem in Form von zusätzlichen Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften geschehen. Es gibt im Landkreis zwar unterrichtsbegleitendes Fachpersonal, doch dieses Angebot muss dringend weiter ausgebaut werden – und dafür setzen wir uns ein!

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:

In unserem Wahlprogramm steht dazu:

Für DIE LINKE. hat eine gute Behindertenpolitik das Ziel, Menschen mit Behinderungen eine entsprechend ihrer Fähigkeiten möglichst unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen.

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene ein für die Umsetzung der UNKonvention der Rechte behinderter Menschen. Dabei wollen wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern Projekte und Vereine für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen Stärken (siehe Wahlprogramm).

Der Slogan „mit uns nicht über und“ gilt in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung unverändert. Aus unserer Sicht muss die Bürgerbeteiligung bei allen Fragen verbessert werden. Dazu gehört auch die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung. Ein Behindertenbeirat kann dazu ein gutes Instrument sein, sollte dann aber auch mit den nötigen Mitteln und Befugnissen ausgestattet sein. Ein weiteres Alibigremium brauchen wir nicht.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:

Grundsätzlich ist ein solches Gremium zu begrüßen. Eine erfolgreiche Arbeit hängt sehr von der personellen Besetzung ab.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Der Nordhessische VerkehrsVerbund (NVV) teilte mit, dass mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2020 einzelne Haltestellen und ganze Ortschaften zwischen Bad Hersfeld und Alsfeld nicht mehr angefahren werden. So war geplant, die Haltestelle in Breitenbach-Oberjossa nicht mehr regelhaft anzufahren, die erst jüngst behindertengerecht umgebaut wurde, sodass auch die Rollstuhlfahrer*innen der Einrichtung sie nutzen konnten. Für die dort lebenden 50 Bewohner*innen einer Einrichtung der Eingliederungshilfe und die Werkstattbeschäftigten einer anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) fehlt nun die regelhafte Anbindung an den ÖPNV. Die Bewohner*innen und die Werkstattbeschäftigten wurden somit vom Recht der Teilhabe und der Nutzung des hiesigen Sozialraums (z. B. Arbeit, Einkauf, medizinische Vorsorge oder kulturelle Angebote) ausgeschossen.

Auf Intervention des Trägers in Oberjossa hat der NVV eine Anpassung des Fahrplans vorgenommen, jedoch sind die Bewohner*innen in den Ferienzeiten und an den Wochenenden weiterhin von der regelhaften Anbindung im Rahmen des ÖPNV ausgeschlossen. Die vom NVV angedachte Nutzung von

Anrufsammeltaxis für die Bewohner*innen ist nicht akzeptabel, da sie die Bewohner*innen vor enorme Herausforderungen stellt:

- Die Nutzung von Anrufsammeltaxis kann kognitiv nicht von allen Bewohner*innen selbstständig geplant werden. Gerade bei der Rückfahrt kann hierbei auch kein Betreuungspersonal unterstützend tätig werden.
- Bei den Bewohner*innen muss ein Mobiltelefon vorhanden sein und auch funktionieren, z. B. mit Geld aufgeladen sein.
- Der Anrufsammeltaxizuschlag führt bei Grundsicherungsempfänger*innen zu einer enormen finanziellen Problematik.

  Die Liga fordert: Die Bushaltestelle in Breitenbach-Oberjossa muss vom Linienverkehr des NVV regelhaft angefahren werden; gerade auch vor dem Hintergrund, dass die Busse regelhaft die gebaute Umgehungsstraße von Oberjossa fahren und die ursprüngliche Durchfahrt durch den Ort zu keinem Mehrzeitaufwand und auch zu keinem Umweg führt.

? Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang dazu, dass eine Haltestelle in Oberjossa, die direkt vor einer Einrichtung der Eingliederungshilfe mit Rollstuhlfahrer*innen liegt, nicht mehr vom NVV angefahren wird, geschlossen werden soll und der NVV sein Haltestellennetz grundsätzlich zurückfährt?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:
Gute Busverbinden sind für alle ist generell ein wichtiges Anliegen unsererseits. Über das konkrete Problem ist mit dem NVV zu sprechen und eine geeignete Lösung für die Menschen zu finden.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Wir unterstützen die Liga in ihren Bestrebungen, dass die Haltestelle in Oberjossa wieder regelmäßig angefahren wird. Ein gut ausgebauter ÖPNV ist ein wichtiges Element, um den ländlichen Raum attraktiv zu halten. Vor allem für Menschen ohne eigenes Auto, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, ist ein Busverkehr unersetzlich, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:
Der ÖPNV ist für uns die Fortbewegung der Zukunft. Dafür muss er aber viel besser ausgebaut werden. Niemand wird auf das Auto verzichten, wenn die Verbindungen zu umständlich, der Preis zu hoch und die Taktung unbefriedigend ist. Und selbstverständlich müssen spezielle Wohn- und Arbeitsorte von Menschen mit Behinderung so an den ÖPNV angeschlossen sein, dass sie fußläufig erreichbar sind. Das gilt auch für Seniorenwohnanlagen (betreutes Wohnen). Die Fahrpläne müssen auch an die Schichtanfänge und Enden größerer Betriebe angepasst sein. Niemand will nach Feierabend eine halbe Stunde auf den Bus warten. Hieraus folgt: Der Haltepunkt in Oberjossa muss unbedingt erhalten bleiben.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Der ÖPNV muss ausgebaut werden. Die lokalen Linien werden vom Kreis finanziert.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Nach der Beratungsregelung (§ 218a Abs. 1StGB und §§ 5 ff. Schwangerschaftskonfliktgesetz) dürfen Frauen ihre Schwangerschaft abbrechen lassen. Diese höchstpersönliche Entscheidung kann und darf niemand anderes für die Frauen treffen. Im Landkreis Hersfeld-Rotenburg gibt es keine Möglichkeit den Abbruch vornehmen zu lassen. Das stellt die Frauen teilweise vor

unüberwindbare Hürden. Wie werden Sie sich, wird sich Ihre Partei künftig einsetzen, damit die Behandlung von Ärzt*innen im landkreiseigenen Klinikum durchgeführt wird?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:
Wir werden diese Thematik gerne aufgreifen mit dem neuen Landrat über Lösungsmöglichkeiten sprechen.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Das reproduktive Selbstbestimmungsrecht der Frau ist für uns ein wichtiges Anliegen. So haben wir uns beispielsweise für den Verhütungsmittelfonds eingesetzt, worüber finanziell schwachen Frauen die Kosten für Verhütungsmittel erstattet werden. Im Gespräch mit der Klinikleitung wollen wir auch das Thema Schwangerschaftsabbruch im Landkreis ansprechen. Frauen, die sich nach sicherlich nicht leichten Abwägungen und Beratungen zu einem Schwangerschaftsabbruch entschieden haben, sollen nicht bis Kassel oder weiterfahren müssen, um diesen Eingriff vornehmen zu lassen.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:
Die Regelungen des §218 StGB sind für uns von großer Bedeutung. Wir bedauern sehr, dass in Hessen an keiner medizinischen Fakultät Ärzt*innen ausgebildet werden, die einen solchen Eingriff vornehmen können. Die öffentliche Stimmungsmache gegen Ärzt*innen trägt dazu bei, dass sich immer weniger Mediziner*innen finden, die einen solchen Eingriff vornehmen.

Der Kreis ist zwar einziger Gesellschafter des Klinikum Hersfeld Rotenburg, der Kreistag nimmt aber auf das operative Geschäft keinen Einfluss, sollte sich hier aber durchaus im Interesse der Frauen einsetzen.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Ärzte können nicht gezwungen werden Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Es gab diesbezüglich bereits Gespräche mit der Klinikleitung, ohne Erfolg.

Kommunen engagieren sich für Demokratie, Mitgestaltung und Teilhabe.

- ✓ Städte und Gemeinden treten allen Formen von Diskriminierung sowie rechtsextremen oder rassistischen Haltungen entschieden entgegen und schaffen unabhängige Beschwerdestellen, Beratungs- und Präventionsmaßnahmen.
- ✓ Initiativen, die für eine solidarische Gesellschaft und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eintreten, werden unterstützt.
- ✓ Bürger*innen werden bei kommunalen und gesamtgesellschaftlichen politischen Entscheidungen einbezogen, insbesondere für Migrant*innen sowie Kinder und Jugendliche werden die Möglichkeiten dafür gestärkt.
- ✓ Schüler*innen und Träger der Kinder- und Jugendhilfe gestalten die Ganztagsgrundschule mit.
- ✓ Die Istanbul-Konvention wird umfassend umgesetzt und die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt gefördert.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Seit der personellen Neubesetzung der Stelle der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten nehmen wir keine Aktivitäten mehr wahr.

? Wie kann die Arbeit der externen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten so gestärkt werden, dass die Angebote für die Bevölkerung wieder zugänglich sind?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:
Für den Stillstand sind die Entscheidungen des bisherigen Landrates verantwortlich. Mit einem Wechsel im Landratsamt lässt sich sicher auch hier wieder über die Stärkung der externen Gleichstellungsbeauftragten und den vermehrten Zugang zu den Angeboten sprechen.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:
Wir haben im Kreistag dafür gekämpft, dass die Frauenbeauftragte nicht in eine Personalunion mit der ersten Kreisbeigeordneten geführt wird. Leider waren alle anderen Fraktionen für die Umstrukturierung und die Pläne des Landrates.

Eine Frauenbeauftragte muss eine starke Stimme nach außen in die Öffentlichkeit und nach innen in die Verwaltung haben. Wir sehen die Funktion der Frauenbeauftragten seit der Neubesetzung ebenfalls geschwächt und werden bei diesem Thema nicht lockerlassen. Die Funktion muss von einer politisch unabhängigen Frau wahrgenommen werden um das Thema zu stärken!

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:
Frauenbeauftrage sind in vielen Fällen so schlecht ausgestattet, dass eine wirkungsvolle Arbeit kaum wahrnehmbar ist. Wenn dann Krankheit oder nicht besetzte Stellenanteile dazu kommen wird die Arbeit mehr als prekär. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen gut ausgestaltet sein. Wir werden einen Augenmerk auf die Weiterentwicklung der Stelle der Frauenbeauftragten haben. Darüber hinaus bedarf es einer Ausweitung der dezentralen Beratungsangebote (Verweis auf das Wahlprogramm).

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:
Eine Lösung wird es nur mit einem anderen Landrat geben.

Kommunen sichern die soziale Infrastruktur.

- ✓ Dafür braucht es eine integrative kommunale Sozialplanung unter Beteiligung aller sozialen Akteure, mit einem entsprechenden verlässlichen Sozialbudget und einer auskömmlichen Regelfinanzierung.
- ✓ Soziale Angebote werden ausgebaut und erhalten eine auskömmliche Regelfinanzierung, dazu gehören Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote, Gewaltschutzhilfestrukturen zur Prävention und Verhinderung von sexualisierter und häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder, Beratungsstellen gegen (sexualisierte) Gewalt an Kindern- und Jugendlichen, Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) aller Altersgruppen, Offene Jugendarbeit, Mütterzentren, Familienbildungsstätten, Seniorentreffs, Suchtberatungsstellen und -präventionsangebote.
- ✓ Unabhängigen Sozialrechtsberatungen werden flächendeckend aufgebaut
- ✓ Kommunale Wohnraumhilfen und kommunalen Fachstellen zur Verhinderung von Wohnungsverlusten werden in allen Kommunen etabliert.
- ✓ Die Privatisierung zentraler Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge wird verhindert. Im sozialen Bereich wird die Vielfalt der Angebote, die freie Träger garantieren, erhalten und gestärkt.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? In § 5 Abs. 1 der Rahmenvereinbarung über die Grundsätze der Neustrukturierung und Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen in Hessen heißt es: „Die Gebietskörperschaften führen (…) unter Beteiligung der Ortsligen eine kontinuierliche Sozialplanung durch."

? Als Träger von Einrichtungen und einer bedeutsamen sozialen Infrastruktur trägt die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Mitverantwortung für die kommunale Daseinsvorsorge. Welche Rolle spielt für Sie und Ihre Partei die Expertise der Freien Wohlfahrtspflege im gesamten Prozess der strategischen Steuerung und Sozialplanung? Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, den Austausch zu reaktivieren und zu verfestigen?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:

Einen engeren Austausch begrüßen wir sehr, da die Liga der Freien Wohlfahrtpflege wichtige Fragestellungen für die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Hersfeld-Rotenburg aufgreift und Lösungen zu Recht einfordert.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:

Die LIGA und ihre Expertise ist wichtig. Eine enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung, aber auch mit anderen demokratischen politischen Parteien, ist unerlässlich für unserer Arbeit.

Die Grünen sind immer gesprächsbereit und dankbar für Expertise, Anregungen und Informationen aus Verbänden und Organisationen. So haben wir zum Beispiel zur Vorbereitung unseres Kommunalwahlprogramms verschiedene Fachbereiche/Organisationen/Verbände zu digitalen Gesprächsrunden eingeladen, um uns auf dem jeweiligen Themenbereich Expert*innenmeinungen einzuholen. So konnten wir ein Wahlprogramm aufstellen, welches nah an der Lebensrealität und Problemen der Bürger*innen in unserem Landkreis ist und gleichzeitig praktikable Lösungsansätze bietet.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:

Für uns müssen politische Entscheidungen vor dem Hintergrund von Expertenwissen und unter Einbeziehung der Betroffenen gefällt werden. Für uns ist Bürger*innenbeteiligung ein Weg aus zufällig nebeneinander wohnenden Menschen eine Gemeinschaft zu bilden, die für ihre Mitglieder zum Netz werden kann. Wir nehmen Ihre Frage als Anregung unmittelbar nach der Wahl ein gemeinsames Gespräch zu führen und dies ggf. zu verstetigen.

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:

Sozialplanung braucht personelle Ressourcen, qualifiziertes Personal und kostet Geld. Daran mangelt es dem Landkreis.

Kommunen bekämpfen die Corona-Pandemie.

- ✓ Die kommunale soziale Arbeit wird aufrechterhalten und Behörden bleiben auch unter Infektionsschutzbedingungen und bei Kontaktbeschränkungen barrierefrei ansprechbar. Demokratische Gremienarbeit und Prozesse werden unter Beachtung der Corona-Regeln fortgeführt und aufrechterhalten.
- ✓ Es wird sichergestellt, dass freie Träger ihre soziale Arbeit in der Pandemie fortführen können. Besondere Bedingungen erfordern dabei oft innovative, kreative Lösungen, um sie umzusetzen gibt es bei Bedarf Finanzhilfen.
- ✓ Fallen Teilnahme-, Kurs- oder Elterngebühren durch die Corona-Krise aus, werden diese angemessen refinanziert.

- ✓ Die hygienischen Standards werden durch Baumaßnahmen in Schulen, Unterkünften für Geflüchtete und Wohnungslose und sozialen Einrichtungen verbessert.
- ✓ Die fachliche Expertise von Betroffenen und Mitarbeitenden aus der Praxis wird einbezogen.
- ✓ Angebote wie Video- und Onlineberatung, die sich in der Pandemie bewährt haben, werden verstetigt, auch um für künftige Ausnahmesituationen vorbereitet zu sein.
- ✓ Die kommunale Schuldnerberatung wird ausgebaut, weil viele Menschen aufgrund der Corona-Pandemie in finanzielle Notlagen geraten.

Die Liga Hersfeld-Rotenburg fragt:

? Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Pandemie? Mit welchen Konzepten wollen Sie zukünftigen Krisen entgegenwirken, um im Ernstfall handlungsfähig zu bleiben? Für welche konkreten Maßnahmen wollen Sie sich einsetzen?

Die Fraktion des Landkreises der FDP antwortet:

Wir müssen die Prioritäten überdenken und finanzielle Rücklagen bilden. Denn nur dann können gezielte Förderprogramme gebildet werden, die in Krisenzeiten in unterschiedlichen Bereichen helfen können.

Die Fraktion des Landkreises von Bündnis 90/Die Grünen antwortet:

Die Erstattung der Kita-Beiträge während des Lockdowns ist uns ein wichtiges Anliegen, um insbesondere Familien in dieser schwierigen Situation zu entlasten. Dafür hat die Landesregierung 12 Mio. Euro monatlich bereitgestellt. Die Wirtschaft hat in Zeiten der Pandemie gelitten, deshalb gab es zahlreiche Corona-Sondersitzungen im Hessischen Landtag. Die Wirtschaft und die Arbeitnehmer und Arbeitgeber brauchen in der Krise Planbarkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit. Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender der Hessischen GRÜNEN, sagt zum Thema Sondervermögen folgendes:

„Das Sondervermögen schafft Planbarkeit für die Kommunen. Das Land lässt seine Städte und Gemeinden mit der Krise nicht allein. Wir werden sie in den nächsten Jahren mit 2,5 Milliarden Euro unterstützen. Das Sondervermögen schafft Sicherheit, dass wir die wirtschaftlichen Folgen der Krise bewältigen wollen. Fast 2 Milliarden Euro wollen wir investieren, um Unternehmen in der Krise zu helfen und um in neue, zukunftsfähige Strukturen und Arbeitsplätze zu investieren. Wir unterstützen das Gesundheitswesen, die soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir kümmern uns mit der Förderung für Frauenhäuser, Gewaltschutzprojekte und die Tafeln um diejenigen, die unter der Krise besonders leiden.“

Das Gesundheitssystem in Hessen ist gut aufgestellt, außerdem haben wir die Ausweitung des Förderprogrammes Distr@l für noch mehr Projekte im Bereich E-Health mit 80 Mio. Euro gefördert, um die digitale Infrastruktur im hessischen Gesundheitssystem für die Zukunft bestmöglich aufzustellen.

Wir dürfen die Schwächsten nicht vergessen: Einsamkeit, soziale Belastungen und andere Folgen des Lockdowns dürfen nicht aus dem Blick geraten und dafür setzen wir Grünen uns auf allen Ebenen ein!

Bitte beachten Sie zu allen Fragen auch das beigefügte Programm des Kreisverbandes zur Kommunalwahl 2021, insbesondere die Kapitel „Bildung“ und „Gerechte Gesellschaft“. Viele der von Ihnen angesprochenen Forderungen finden sich darin wieder, unterlegt mit ganz konkreten Vorschlägen zur Verbesserung.

Der Kreisverband hat im Oktober 2020 den beigefügten „Beschluss für Vielfalt und Demokratie“ gefasst. Bitte beachten Sie hierbei insbesondere die Absätze 7 und 8.

Die Fraktion des Landkreises der Linken antwortet:

Die Personaldecke der Gesundheitsämter war schon vor der Pandemie zu dünn. Für die vielfältigen Aufgaben braucht es dauerhaft eine Aufstockung in fast allen Bereichen. Psychosoziale Beratung muss so aufgestellt sein, dass Psychiatrisierung vermieden werden kann. Krankenhäuser müssen in der öffentliche Hand bleiben und die Versorgung in der Fläche muss sichergestellt bleiben. Keine Privatisierung und keine Klinikschließungen. Die meisten Veränderungen sind aber sicher auf Landes- und Bundesebene nötig. Die Krankenhausfinanzierung muss sich von den DRG's verabschieden und das Land muss die Gebäude ernsthaft in Stand halten. Die Coronaproblematik umfasst aber viel mehr als nur gesundheitspolitische Fragen. Sie finden unseren Fahrplan für den Coronawinter unter:

https://www.dielinke.de/fileadmin/download/themen/Gesundheit_und_Pflege/Corona/2020-09-14_Fahrplan_Corona-Winter.pdf

Die Fraktion des Landkreises der SPD antwortet mündlich:

Es braucht eine Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung im Gesundheitsamt.

Die **Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hersfeld-Rotenburg** ist die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände im Landkreis Hersfeld-Rotenburg – ein starkes sozialpolitisches Bündnis.

Die Liga vertritt die Wohlfahrtsverbände:

- Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Hersfeld-Rotenburg e.V.
- Caritasverband Kassel e.V., Kreisdienststelle Hersfeld-Rotenburg
- Der Paritätische Hessen e.V., Kreisgruppe Hersfeld-Rotenburg
- Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverbände Hersfeld und Rotenburg e.V.
- Diakonisches Werk/Arbeitsgemeinschaft für Diakonische Dienste im Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Als Interessenvertretung ist die Liga für die kommunale Politik, kommunale Stellen, Behörden und weitere Institutionen des öffentlichen Lebens erste Ansprechpartnerin im Bereich Soziales. Ihr Ziel ist, optimale soziale Rahmenbedingungen für die Menschen in Hersfeld-Rotenburg zu schaffen. Die Zusammenarbeit innerhalb der Liga, mit dem Landkreis und sonstigen Behörden sowie Institutionen soll darauf gerichtet sein, dass sie sich zum Wohle der auf Hilfe angewiesenen Menschen wirksam ergänzt.

Die Liga vertritt die gemeinsamen verbandspolitischen Interessen gegenüber dem Landkreis, seinen kreisangehörigen Gemeinden und sonstigen öffentlichen und privaten Institutionen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg zum Nutzen der Menschen, die auf die Hilfen der Freien Wohlfahrtspflege angewiesen sind.